

# **Internationaler Tag des Übersetzens: Sprachprofis erbringen in Krisenzeiten lebenswichtige sprachmittlerische Leistungen**

## **Translatorische Berufsverbände fordern mehr Unterstützung durch die österreichische Regierung**

Wien, 29. September 2020

Am 30. September feiern ÜbersetzerInnen und DolmetscherInnen weltweit „ihren“ Tag, den von der UNO anerkannten Tag des Übersetzens. Wie die entsprechende UNO-Resolution festhält, sind professionelle Übersetzungs- und Dolmetschdienstleistungen in allen Lebensbereichen unverzichtbar, um im internationalen öffentlichen Diskurs und in der zwischenmenschlichen Kommunikation Klarheit, ein positives Klima und Produktivität zu ermöglichen.

In Krisenzeiten wird die Relevanz professionell erbrachter Übersetzungs- und Dolmetschleistungen offensichtlicher denn je, denn korrekte Information in der Muttersprache kann Leben retten: So etwa sorgen professionelle TranslatorInnen dafür, dass lebenswichtige Informationen über das Coronavirus und die entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen Menschen in ihrer Muttersprache erreicht. Dies gilt ebenso für die Übersetzung medizinischer Forschungsergebnisse und Dolmetschdienstleistungen bei zentralen Ankündigungen seitens der Regierungen.

Anlässlich des Tages des Übersetzens am 30. September appellieren wir, die in der „Translationsplattform“ ([www.translationsplattform.at](http://www.translationsplattform.at)) vereinten translatorischen Berufsverbände in Österreich, an die Regierung, angesichts der anhaltenden schlechten Auftragslage infolge der Wirtschaftskrise und der starken Einschränkungen für Veranstaltungen, die normalerweise mit Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen einhergehen, die Unterstützung an die überwiegend freiberuflichen ÜbersetzerInnen und DolmetscherInnen zu erhöhen. Etwa durch die Berücksichtigung von ÜbersetzerInnen und DolmetscherInnen im geplanten Unterstützungspaket für die Kongress- und Veranstaltungsbranche, die Vergabe öffentlicher Sprachdienstleistungen an professionelle SprachdienstleisterInnen in Österreich inklusive Abgang vom Billigstbieterprinzip sowie die Verlängerung des Härtefalls-Fonds bis Ende 2021.

Die GerichtsdolmetscherInnen beispielsweise, die sich seit mittlerweile 14 Jahren ergebnislos um eine Tarif- und Inflationsanpassung der Sätze des Gebührenanspruchsgesetzes 1975 bemühen, sahen sich mit der Absage sämtlicher Gerichtsverhandlungen konfrontiert. Wie soll unter so prekären Bedingungen die Rechtsstaatlichkeit aufrecht erhalten werden?